

Halle und Umgebung.

Sa. 6. 13. März.

Das Kapitel: Wohnungsfürsorge

Die in der letzten Stadtvorordnetenversammlung infolge des bekannten Antrages einer Anzahl Stadtvorordneter eine Rolle. Man erfuhr in der Diskussion, daß der Magistrat das wichtige Problem bereits aufgegriffen hat und etwa im Mai oder Juni, wenn das städtische Amt seine Arbeiten abgeschlossen hat, mit Vorschlägen heraustraten wird. Inzwischen sucht aber der Magistrat praktisch dem Mangel an kleinen Wohnungen abzuhelfen. So hat er an die Ausbieteung des umfangreichen städtischen Grundstücks „Frenbergs Garten“ (zwischen Krausen- und Krutzenbergstraße die Bedingung angeknüpft, daß der Käufer dort Klei n w o h n u n g e n errichten müsse.

Es ist selbstverständlich, daß diese praktische Wohnungsfürsorge der Stadt Opfer auferlegt; denn in dem Bietungsstermin am Dienstag, 6. April, vormittags 11 Uhr, werden infolge dieser Klausel niedrigere Gebote erteilt werden, als wenn in der Verwendung des Grundstücks dem Käufer ganz freie Hand gelassen würde. Indes der Mangel an Kleinwohnungen ist so groß, daß der geringe finanzielle Ausfall gegenüber dem Uebelstand nicht ausschlaggebend sein kann.

Hallischer Bürgerverein.

Prof. v. Blume über: „Die Stadts als Arbeitgeber.“

Im evangelischen Vereinssaal hielt gestern abend vor einer von Herrn Eisenbahnsekretär Stv. B o r c h e r t geleiteten Versammlung Herr Stv. Universitätsprofessor Dr. v. Blume einen Vortrag über das Thema: „Die Stadt als Arbeitgeber.“

Wie nach der ganzen Stellung des Redners nicht anders zu erwarten, war der Vortrag getragen von starkem sozialen Empfinden, zielte darauf ab, unserer Stadterwaltung die Augen zu weisen, die nach des Redners Ueberzeugung beschritten werden müssen, um dem sozialen Frieden zu dienen. So ließ er sich z. B. des Näheren aus über die Forderung der Streiklausel, die er als bedenklich verurteilt. Die Stadt müsse vielmehr bei Lohnkämpfen fragen: Ist der Streik gerecht, ist die Ausperrung begründet? und danach ihre Stellung einzurichten.

Hierin liege dann schon ein Ansatz zu den zu erstrebenden Schiedsgerichten. Für die städtischen Betriebe, die Mutterbetriebe werden müssen, verlangt der Vortragende Einigungsämter, Arbeiterausschüsse, die durch das Vertrauen

der Arbeiter selbst und nicht auf Kommando gebildet werden. Andere Städte haben sie schon. Weiter spricht er sich für die V o h n s t a n e n aus, die die Möglichkeit der Lohnsteigerung bieten; auch sie fehlen in Halle noch, während fast alle anderen Großstädte damit die besten Erfahrungen gemacht haben. Desgleichen ist statt des Tagelohnes der W o c h e n l o h n einzuführen, damit das Budget der Arbeiterfamilie nicht ins Wanken gerät, wenn Festtage sich häufen. Die Pension, die man hier dem städtischen Arbeiter nach dem freien Ermessen des Magistrats gewährt, wünscht er zum R e c h t s a n s p r u c h umgewandelt zu sehen.

Namentlich aus den Kreisen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftler, die ziemlich zahlreich in der Versammlung vertreten waren, wurde dem Redner für seine Ausführungen lebhafter Beifall entgegengebracht.

Nächstehend der Vortrag, kurz skizziert: Vor einer zahlreich besuchten Versammlung hielt gestern abend im ev. Vereinssaal Herr Professor Dr. v. Blume einen Vortrag über das Thema: „Die Stadt als Arbeitgeber.“ Er begann seine Rede mit den Worten, daß in unserer jetzigen Zeit die Stadt sofort mit Kostfandsarbeiten, bei eingetretener Arbeitslosigkeit, beginnen und die dazu nötigen Mittel zur Verfügung stellen. In früheren Epochen sei dies nicht der Fall gewesen, da haben Stadt und Gemeinden zu dem Arbeitslosen gesagt: Wir können dir leider nicht helfen, siehe zu, wie du durchkommst. Heute hat sich das Bild vollkommen geändert, da die Gemeinden eingesehen haben, daß sie selbst, daß jeder andere gleichfalls darunter mit zu leiden habe, und daß man hier helfend eingreifen müsse zum Wohle der Allgemeinheit.

Aus dem ständig steigenden Etat der Stadt läßt sich wohl am besten erkennen, wie weit sich das Feld der Tätigkeit der Stadt erweitert hat. An die großen Ausgaben knüpfen sich aber auch große Vorteile. Nehmen wir zum Beispiel die soziale Hygiene an. Um gefährlichen Krankheiten vorzubeugen, dem Uebel abzuhelfen, ehe der Schaden eintritt, werden jährlich größere Mittel zur Verfügung gestellt, die hinterher der Allgemeinheit zugute kommen.

Alle diese Einrichtungen bedingen aber eine Vermehrung der Hilfskräfte der Stadt, die sich glibern in Beamte, selbstständige Unternehmer und Arbeiter. Die Stadt erfüllte vor hundert Jahren einen Teil ihrer Aufgaben, indem sie in der Regel die notwendigen Arbeiten einem Unternehmer zuteilte. Die Zahl der Beamten war damals noch recht klein. Und auch heute kann man das freie Unternehmertum nicht missen, da es viele städtische Arbeiten gibt, die ein großes Maß von ungenügenden Fähigkeiten verlangen, sei es von künstlerischer oder von technischer Bedeutung. Es ist daher für die städtische Verwaltung von größter Wichtigkeit, sich ein tüchtiges selbstständiges Unternehmertum heranzuziehen. Hieraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, daß die Stadt bei Vergabe ihrer Arbeiten auf die Stellung sieht, die der Arbeitgeber seinen Arbeitern gegenüber einnimmt. So habe die Stadt Sorge zu tragen, daß letztere nicht ausgebeutet werden und anständige Löhne erhalten. Außerdem hat die Stadt die Aufgabe, etwaige Zwifftigkeiten zwischen Unter-

nehmern und deren Angestellten zu schlichten und bei Streits auf einen gerechten Frieden bei den Parteien hinzuwirken. (Anstrengung von Schiedsgerichten.)

Immer mehr und mehr erweist sich die Notwendigkeit einer Vermehrung des städtischen Beamtenstamms, die Notwendigkeit, daß die Stadt mit eigenen Kräften arbeitet. Da nun der Beamte unter Disziplin steht und sich eine größere Einschränkung seiner persönlichen Freiheit gefallen lassen muß, so sieht ihm zum Ausgleich das Recht auf einen standesgemäßen Unterhalt und eine Sicherstellung seiner Familie durch Pension zu.

Betrübend sei leider das gespannte Verhältnis zwischen Beamten und Bürgertum. Die neue Zeit werde darin immer mehr ausgleichend wirken; die Beteiligung der Beamten an der Selbstverwaltung, (Eintreten in das Stadtvorordnetenkollegium usw.) hilft dazu.

Weiter kann die städtische Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Arbeiter nicht entbehren. Seitdem Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke von der Stadt in eigene Verwaltung genommen wurden, hat sich die Stadt auch eine städtische Arbeiterschaft herangezogen. Hier liegt ein Vertrauens- und Fürsorgeverhältnis vor, denn da bekanntlich städtische Betriebe Mutterbetriebe sein sollen, so müssen sie es auch im Verhältnis zu ihren Arbeitern sein. Vor allem hat die Stadt Rücksicht zu nehmen auf die den Arbeitern faktisch gewährten Freiheiten; es muß ihnen gestattet werden, sich zu organisieren, auch wenn dies der Stadt mitunter unangenehm sein sollte.

Ferner hat sie Sorge zu tragen, daß ein vom Jaun- gebrochener Streit keine großen Ausdehnungen nimmt, und sie muß es sich ferner aneigen sein lassen, ein unparteiisches Schiedsgericht zu schaffen und die A r b e i t e r a u s s c h ü s s e zu fördern, die durch das Vertrauen der Arbeiterschaft geschaffen sind. Außerdem hat die Stadt für eine richtige Haltung der Arbeitslöhne zu sorgen. Die Stadt hat für Erhaltung ihrer Arbeiterschaft zu sorgen und zwar so, daß der Arbeiter mit Ruhe in die Zukunft blicken kann — durch Anspruch auf Pension.

Da der Staat sowohl wie die Gemeinden das größte Interesse daran haben, an dem zunehmenden Wohlstand ihrer Bürger, so haben sie, wie bereits bei Beginn der Rede ausgeführt wurde, dafür Sorge zu tragen, daß bei Arbeitslosigkeit Kostfandsarbeiten vorgenommen werden. Es ist daher nur vernünftig, Arbeiten, die sich im Winter erledigen lassen, bis dahin aufzulapern, damit stets Beschäftigung vorhanden ist. Diese soziale Fürsorge ist unbedingt notwendig, da es sich nicht bloß um Wohl und Wehe eines Standes, sondern um das der Gesamtheit, um die Zukunft unseres Volkes handle.

Am Schluß seiner Rede wünschte der Redner, daß die Stadt Halle eine Mutterstadt werden möge.

An den mit reichlichem Beifall beholtenen Vortrag schloß eine längere Diskussion, die das volle Einverständnis mit dem Referenten ergab.

B e d a u e r t wurde, daß der Magistrat den Schnee in den Straßen liegen ließ, anstatt den zahlreichen Arbeitslosen, die sich diesen Winter mit ihren Familien geradezu

Zum Wohnungswechsel.

Grosser Gardinen-Verkauf zu enorm billigen Preisen.

Gardinen.

Engl. Tüll-Gard.	weiss creme	Fenster 5.00—2.90 M.
Engl. Tüll-Gard.	weiss creme	Fenster 10.00—6.00 M.
Kreuz-Tüll-Gard.	weiss creme	Fenster 7.00—6.00 M.
Kreuz-Tüll-Gard.	weiss creme	Fenster 9.00—7.50 M.
Erbstüll-Gard.	mit Band- u. Spachtelarbeit	Fenster 14.00—9.50 M.
Erbstüll-Gard.	reiche Band- u. Spachtelarbeit	Fenster 24.00—15.00 M.

Stores.

Engl. Tüll-Stores	weiss und creme	7.00—1.50 M.
Kreuz-Tüll-Stores	weiss und creme	9.00—4.50 M.
Erbstüll-Stores	mit Band- u. Spachtelarbeit	15.00—4.50 M.
Buntf. Madras-Stores		8.00—3.50 M.
Halbstores mit Volants		20.00—7.50 M.

Vorhänge.

Tuch-Vorhänge	reich dekoriert	20.00—2.50 M.
Persische Vorhänge	sehr effektiv	20.00—9.00 M.
Leinene Dekorationen	reich gestickt	15.00—4.50 M.
Plüsch-Dekorationen		20.00—7.50 M.
Engl. Tüll-Dekorationen		15.00—6.50 M.
Mull-Dekorationen		20.00—9.50 M.

Decken.

Tischdecken	Plüsch, Tuch und Gobelin	20.00—1.50 M.
Diwanddecken	Plüsch, Tuch und Gobelin	25.00—5.00 M.
Stoppdecken	Watte- und Daunenfüllung	38.00—3.50 M.
Bettdecken	und passende Wanddekoration	30.00—2.00 M.
Schlafdecken	in Wolle und Baumwolle	20.00—2.25 M.

Teppiche

Teppiche u. Läufer	
in Axminster, Velour, Brüssel, Haargarn- u. Holzstoff.	
Echte Orient-Teppiche.	
Möbelstoffe	Plüsch, Gobelin, Tuche, Moquette, Leinenplüsch.

Linoleum

Wachstuche
Bettstellen

Grosse Posten **Zuggardinenstoffe** in verschiedenen Breiten.

Reste und einzelne Gardinen
weit unter Preis.

A. Huth & Co.

